



Brüssel, den 8. Dezember 2017

CM 5436/17
PTS A

VORLÄUFIGE LISTE DER A-PUNKTE

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(Landwirtschaft und Fischerei)

Europa-Gebäude, Brüssel

11. und 12. Dezember 2017

ERGÄNZUNG NR. 1 DER VORLÄUFIGEN LISTE DER A-PUNKTE

Möglicher A-Punkt unter "Beratungen über Gesetzgebungsakte" und nicht, wie zuvor angegeben unter "Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten":

Beratungen über Gesetzgebungsakte

Forschung

Forschungsfonds für Kohle und Stahl – Beschluss über die Finanzbestimmungen

☐

14538/17 + COR 1
14532/17

Ersuchen um Zustimmung des Europäischen Parlaments
vom AStV (1. Teil) am 6.12.2017 gebilligt
(vgl. CM 5231/17)

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

Fischerei

Beschluss des Rates zur Kündigung des partnerschaftlichen Abkommens EU-Komoren über nachhaltige Fischerei

☐

14611/17 + ADD 1
14423/17

Ersuchen um Zustimmung des Europäischen Parlaments
vom AStV (1. Teil) am 6.12.2017 gebilligt

Verordnung über TACs und Quoten für das Schwarze Meer im Jahr 2018

☐

15058/17 + ADD 1
14897/17

Annahme

vom AStV (1. Teil) am 6.12.2017 gebilligt

Standpunkte der EU für internationale Verhandlungen

UNISPACE + 50: Thematische Prioritäten 2 bis 7

13766/17 + COR 1

Billigung

vom AStV (1. Teil) am 6.12.2017 gebilligt

(vgl. CM 5231/17)

Protokoll über die besonderen Schutzgebiete und die biologische Vielfalt zum Übereinkommen von Barcelona

☐

15146/17

14694/17

Beschluss des Rates über eine Änderung des Anhangs II

Annahme

vom AStV (1. Teil) am 6.12.2017 gebilligt

Institutionelle Angelegenheiten

Sonstiges

Leitung bestimmter Arbeitsgruppen durch andere Delegationen, auf Ersuchen des bulgarischen Vorsitzes

14460/17

Billigung

vom AStV (1. Teil) am 6.12.2017 gebilligt

Allgemeine Angelegenheiten

Beschluss des Rates zur Änderung des Protokolls 2 zum Beschluss Nr. 1/98 des Assoziationsrates EG-Türkei über die Handelsregelung für Agrarerzeugnisse

15184/17

14375/17

Annahme

vom AStV (2. Teil) am 6.12.2017 gebilligt

Delegierte Rechtsakte/Durchführungsrechtsakte

Delegierte Verordnung (EU) .../... der Kommission vom 18.10.2017 zur Änderung des Anhangs IIIb der Verordnung (EG) Nr. 1236/2005 des Rates betreffend den Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten

15218/17

13463/17

Absicht, keine Einwände gegen den delegierten Rechtsakt zu erheben

vom AStV (2. Teil) am 6.12.2017 gebilligt

☐

Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags
